

Protokoll

über die öffentliche Sitzung **des Ausschusses für Finanzen** am 16.11.2023 in
Ostrhauderfehn, **im Vereins- und Gemeindezentrum, Kirchstraße 221**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Günter Harders

Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Lars Krummen

Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Frau Janneke Groote

Herr Klaus Pleis

Stellv. Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Herr Jörg Schlörmann

Vertretung für Herrn René Stratmann

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Klaus de Boer

Herr Werner Thomßen

Stellv. Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Günther Lücken

Vertretung für Herrn Norbert Pieper

Grundmandat Bündnis90/Die Grünen

Herr Manfred Cybalski

Protokollführer/in

Herr Joachim Brink

Verwaltung

Frau Lydia de Boer

Herr Guido Meyer

Frau Gerta Waden

Gäste

- Frau Karina Maria Behrens (Gruppe UWG/CDU)

- Herr Dieter Ertwiens-Buchwald (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Es fehlen:

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Norbert Pieper

Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Herr René Stratmann

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:27 Uhr

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Krummen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen sind durch Ladung vom 07.11.2023 zur Sitzung einberufen worden.

zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

zu 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung

Der Ausschuss für Finanzen genehmigt einstimmig das Protokoll der Sitzung am 21.11.2022.

zu 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Es gibt nichts zu berichten, was den Ausschuss für Finanzen betreffen würde.

zu 5. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Einwohner kritisiert, dass nicht alle Anlagen zum Haushaltsplan 2024 im Bürgerinformationssystem abrufbar waren. Insbesondere fehle ihm der Stellenplan und die Schuldenübersicht. Wenn den Ratsmitgliedern diese Anlagen ebenfalls vorenthalten worden seien, könne seiner Meinung nach über den Haushalt nicht abgestimmt werden. Frau de Boer entgegnet, dass die Anlagen nicht Bestandteil des Haushaltsplans seien, so dass sie nicht beschlossen werden müssten. Die Anlagen würden bis zur Beschlussfassung durch den Rat jedoch vorliegen.

Auf die Nachfrage des Einwohners nach dem Schuldenstand am Ende des Haushaltsjahres 2024 nennt Frau de Boer den Betrag von ca. 17 Mio. Euro.

zu 6. 1. Nachtragshaushalt 2023 Vorlage: BV/148/2023

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 mit Nachtragshaushaltsplan und weiteren Anlagen wurde den Ausschussmitgliedern mit der Ladung zugesandt.

Frau de Boer erläutert, dass sich die Haushaltslage im Laufe des Jahres leicht gebessert habe. Die Steuereinnahmen seien etwas höher ausgefallen als erwartet. Andererseits seien die Ausgaben aufgrund der hohen Inflation ebenfalls gestiegen. Dazu kämen noch die Preissteigerungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Personalkosten sowie die Erhöhung der Kreisumlage. Letztlich konnte das Defizit von 1.961.000 € um 669.400 € auf 1.291.600 € reduziert werden.

Im Investitionsbereich hätten sich sowohl die Einzahlungen als auch die Auszahlungen erhöht. Dadurch sei der Darlehensbedarf um 140.000 € gesunken.

Frau de Boer verliest die 1. Nachtragshaushaltssatzung und erklärt ausführlich die Veränderungen bei den einzelnen Investitionsmaßnahmen.

Trotz der positiven Entwicklung verbleibe ein Fehlbetrag im Finanzhaushalt i. H. v. 754.300 €, der damit allerdings um 492.700 € geringer ausfalle als ursprünglich eingeplant.

Ratsmitglied Cybalski erkundigt sich danach, ob der Zuschuss für die geplanten Sirenenanlagen in Höhe von 80% verfallen würde, falls in 2024 bei der Ausschreibung wieder keine Angebote eingingen.

Frau de Boer entgegnet, dass bei dem Haushaltsansatz von der maximalen Verbesserung ausgegangen worden sei. Sollte der Zuschuss wegfallen oder sich reduzieren, müsste eventuell auch auf die Umsetzung geplanter Maßnahmen verzichtet werden.

Ausschussmitglied Pleis erkundigt sich, ob der Beschluss zum Nachtragshaushalt anfechtbar sei, weil die berichtigte Fassung des Haushaltsplanes den Ausschussmitgliedern erst in der Sitzung präsentiert wurde.

Dieses wurde verneint. Frau de Boer verweist darauf, dass die Aufstellung des Haushalts zeitlich immer problematisch sei. Die Zahlen stünden meistens erst im Oktober, manchmal erst im November fest. Andererseits solle der Plan dem Landkreis aber bereits im Dezember vorgelegt werden, weil die Gemeinde sonst Gefahr laufe, lange ohne genehmigten Haushalt wirtschaften zu müssen. In dieser haushaltslosen Zeit sei die Gemeinde dann nur eingeschränkt handlungsfähig.

Bürgermeister Harders ergänzt, dass die Beteiligung eines Fachausschusses gesetzlich nicht vorgeschrieben sei und daher keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit des sich anschließenden Ratsbeschlusses habe. Die vorherige Beteiligung des Verwaltungsausschusses sei dagegen vorgeschrieben.

Auf die Frage von Ratsmitglied Pleis auf den Ansatz für die Lastenräder erklärt Bürgermeister Harders, dass diese zunächst für die Nutzung durch Gemeindebedienstete vorgesehen seien. Sie sollten dann aber auch Bürgern zum Austesten zur Verfügung gestellt werden.

Ausschussmitglied Groote erklärt, dass seine zweiwöchige Vorbereitungszeit bei einem derart umfangreichen Zahlenwerk nicht ausreiche. Sie bittet darum, zukünftig eher mit den Haushaltsplanungen zu beginnen.

Frau de Boer entgegnet, dass die Ladungsfrist eingehalten worden sei und den Ausschussmitgliedern der Haushaltsentwurf fristgerecht vorgelegen habe.

Ratsmitglied Schlörmann erkundigt sich nach dem Ansatz für die Beschaffung eines Schere-Spreizers (13.000,00 €) und erhält die Auskunft, dass ein Gerät für die Ortsfeuerwehr Holterfehn bereits 2022 beschafft wurde. Jetzt müsse noch ein Gerät für die Ortsfeuerwehr Ostrhauderfehn gekauft werden.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt bei 4 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen den Beschluss über die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 mit Nachtragshaushaltsplan nebst weiteren Anlagen und Bestandteilen.

zu 7. Haushalt 2024 Vorlage: BV/150/2023

Die Ausschussmitglieder haben die Haushaltssatzung mit weiteren Unterlagen und Anlagen mit der Ladung erhalten.

Frau de Boer verliest die Haushaltssatzung 2024.

Sie weist darauf hin, dass in 2024 mit etwas geringeren Einnahmen im Bereich der Steuern und Zuweisungen zu rechnen sei, so dass die steigenden Ausgaben nicht mehr gedeckt werden können. Bei einem Vergleich der Erträge und der Aufwendungen ergebe sich eine Unterdeckung von 2.610.100 €. Zurückzuführen seien die steigenden Aufwendungen in erster Linie auf die steigenden Energiekosten, die weiterhin hohe Inflation sowie die stetige Verlagerung neuer Aufgaben auf die Kommunen. Insbesondere seien auch die Bereiche Kinderbetreuung, Ganztagschulbetrieb in Grundschulen, Feuerwehr und Straßenunterhaltung sehr kostenintensiv.

Das Defizit erhöhe sich daher leider in 2024.

Unter Berücksichtigung der Überschussrücklage 2019 mit Einbeziehung der Ergebnisse 2017 bis 2023 gelte der Haushalt 2024 gemäß § 110 Abs. 5 Satz 1 NKomVG jedoch noch als ausgeglichen.

Die weiteren Haushaltsansätze für 2024 werden eingehend erläutert. Insbesondere geht Frau de Boer auf die eingeplanten Investitionsmaßnahmen ein.

Ratsmitglied Cybalski bedauert, dass die Gemeinde wegen der hohen Verschuldung keine freiwilligen Aufgaben mehr wahrnehmen könne, weist aber darauf hin, dass dieses bei allen Gemeinden so sei. Er befürchtet, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen werde, zumal den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen werden.

Trotzdem wolle er bereits an dieser Stelle auf drei Themen ansprechen, zu denen die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN im kommenden Jahr konkrete Anträge stellen wolle:

1. Bereitstellung von Mitteln für das Anlegen von Blühwiesen (wie bereits in TOP 10 dieser Sitzung angeregt),
2. Zuschuss für die Tafel zur Finanzierung des Lieferservice,
3. Planungen zur Gefahr von Starkregenereignissen, insbesondere für die Ortsmitte.

Ratsmitglied Krummen stellt klar, dass es jetzt um den Haushalt 2024 gehe. Über zukünftige Sachen müsse dann zu gegebener Zeit gesondert entschieden und über einen Nachtrag geregelt werden.

Bürgermeister Harders ergänzt, dass der Arbeitskreis Schule genau wie alle anderen Vereine gemäß den geltenden Richtlinien Zuschüsse beantragen können.

Bezüglich der Starkregenproblematik sei die Gemeinde immer im Austausch mit der Sielacht Stickhausen und dem Leda-Jümme-Verband. Es seien bereits konkrete Maßnahmen durchgeführt worden (z.B. die Verlegung von Entwässerungsrohren mit großem Durchmesser bei dem Ausbau der Hauptstraße) bzw. werden diskutiert (z.B. die Reaktivierung der 3. Südwieke).

Ausschussmitglied Schlörmann erkundigt sich nach dem Ansatz für die Erweiterung der Grundschule Ostrhauderfehn (1 Mio. Euro) und erhält die Auskunft, dass diese Summe die Dachsanierung mit ca. 500.000 Euro sowie weitere noch abzuschließende Baumaßnahmen beinhalte.

Ratsmitglied Groote erklärt auch hier, dass seine Vorbereitungszeit von zwei Wochen zu kurz sei. Daher könne sie auch hier keine Empfehlung abgeben.

Ausschussmitglied Lüken hätte die Ausgaben im Haushaltsplan 2024 gerne reduziert. Das sei jedoch nicht möglich, weil es sich um Pflichtaufgaben handle, die die Gemeinde erfüllen müsse.

Bürgermeister Harders pflichtet ihm bei und berichtet, dass gerade die Kinderbetreuung sowie die jetzt einzurichtenden Ganztagsgrundschulen sehr hohe Kosten verursachen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen den Beschluss über die Haushaltssatzung 2024 mit Haushaltsplan und weiteren Anlagen und Bestandteilen.

**zu 8. Jahresabschlüsse 2019 und 2020, Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes mit den Stellungnahmen des Bürgermeisters und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: BV/154/2023**

Die Prüfungsberichte zu den Haushaltsjahren 2019 und 2020 sowie die Stellungnahmen des Bürgermeisters zu den Prüfungsberichten sind den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung zugegangen.

Frau de Boer berichtet, dass der Jahresabschluss nach dem NKomVG mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Schlussbericht dem Rat vorgelegt werden muss.

Sie erläutert die einzelnen Punkte, die der Landkreis beanstandet hat, und stellt heraus, dass die Schlussberichte des Prüfungsamtes für die Jahre 2019 und 2020 jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk enden.

In den Schlussbemerkungen beider Prüfungsberichte wird die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für die Haushaltsjahre 2019 sowie 2020 vorgeschlagen.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die Prüfungsberichte zur Kenntnis und empfiehlt jeweils einstimmig,

- a.) den Beschluss über die Jahresabschlüsse 2019 und 2020 nebst Ergebnisverwendung (Übertrag auf das Folgejahr) und
- b.) die Entlastung des Bürgermeisters für beide Haushaltsjahre.

**zu 9. Örtliche Kassenprüfung 2023
Vorlage: BV/155/2023**

Frau de Boer führt aus, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leer im September 2023 eine unvermutete Prüfung der Gemeindekasse vorgenommen habe. Der Bericht wurde den Ausschussmitgliedern mit der Ladung zur Kenntnis gegeben. Darin sind keine Beanstandungen aufgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt den Prüfungsbericht zur Kenntnis.

**zu 10. Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2024 für eine Abgabe von Saatgut zum Anlegen von Blühwiesen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 28.10.2023
Vorlage: AN/007/2023**

Bürgermeister Harders erläutert, dass die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Gemeindehaushalt 2024 für eine Abgabe von Saatgut zum Anlegen von Blühwiesenflächen beantragt habe.

Der Antrag war der Ladung beigelegt.

Ratsmitglied Cybalski zieht den Antrag zurück, kündigt aber an, in 2024 einen konkreten Antrag in dieser Angelegenheit stellen zu wollen.

zu 11. **Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten**

Auf Anfrage eines Einwohners stellt Frau de Boer noch einmal klar, dass die Verschuldung der Gemeinde Ostrhauderfehn Ende 2023 bei etwa 12 Mio. Euro liege. Bei Ausschöpfung der Kreditemächtigung könnte die Verschuldung bis Ende 2023 noch auf 16 Mio. Euro ansteigen. Dieser Fall werde aber nicht eintreten, weil keine Kreditaufnahme mehr geplant sei. In 2024 kämen zu den aktuellen Schulden dann etwa 5 Mio. Euro an Krediten dazu, so dass die Verschuldung Ende 2024 ca. 17 Mio. Euro betrage.

Der Einwohner weist weiterhin darauf hin, dass die Kinderbetreuung die Aufgabe des Landkreises sei. Daher sei unverständlich, weshalb dieser Kostenfaktor überhaupt bei der Gemeinde auftauche.

Frau de Boer erklärt, dass der Landkreis Leer die Kinderbetreuungskosten über die Kreisumlage von den Gemeinden fordern würde, wenn er selbst die kostenintensive Kinderbetreuung wahrnehmen würde. Dann könne die Gemeinde aber selbst keine Entscheidungen in dem Bereich mehr treffen.

Bürgermeister Harders ergänzt, dass dieses historisch bedingt sei. Seinerzeit hätten die Gemeinden entschieden, die Aufgabe "Kinderbetreuung" selbst zu übernehmen, um weiterhin Einfluss nehmen zu können, beispielsweise auf den Standort der Kindertagesstätten.

Es habe sich jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Kostenbeteiligung des Landkreises an der Kinderbetreuung überarbeitet habe. Das Ergebnis solle kurzfristig vorgestellt werden. Letztlich werde das verbleibende Defizit bei der Kinderbetreuung jeweils zur Hälfte vom Landkreis und den Kommunen getragen.

Ratsmitglied Ertwiens-Buchwald erkundigt sich danach, ob bei der Dachsanierung der Grundschule eine Photovoltaikanlage mit eingeplant sei. Das sei kostengünstiger als wenn man nach Fertigstellung des Daches anschließend noch einmal erneut mit einer Planung beginnen müsse.

Bürgermeister Harders erklärt, dass zunächst nur das Dach als solches geplant sei. Der Klimaschutzmanager sei jedoch dabei, alle gemeindlichen Gebäude energetisch zu überprüfen und entsprechende sinnvolle Verbesserungen aufzuzeigen.

.....
Günter Harders
Bürgermeister

.....
Lars Krumpfen
Ausschussvorsitzender

.....
Joachim Brink
Protokollführer